

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Dr. Stefan Birkner (FDP)

Welches Konzept hat die Landesregierung, um Antisemitismus in staatlich geförderten Beratungsstellen zu unterbinden?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 08.01.2018

Nach einem Artikel des Politjournals *Rundblick* soll ein leitender Angestellter der Service- und Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit in Hildesheim während seiner damaligen Tätigkeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) unter Antisemitismusverdacht geraten sein. Hintergrund waren Bilder mit antisemitischen Inhalten auf seiner Facebook-Seite. Der Träger der Service- und Beratungsstelle ist die Caritas Hildesheim. Das Niedersächsische Justizministerium fördert die Servicestelle über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils 55 000 Euro. Bei der Caritas Hildesheim seien die früheren Facebook-Aktivitäten des Mitarbeiters bislang nicht bekannt gewesen. Erst durch Medienanfragen wurde der Arbeitgeber darauf aufmerksam, so der *Rundblick*.

1. Wann hatte die Landesregierung Kenntnis von dem Sachverhalt, und wie bewertet die Landesregierung diesen?
2. Wie beabsichtigt die Landesregierung sicherzustellen, dass in der staatlich finanzierten Beratung keine antisemitischen Haltungen gefördert und geduldet werden?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, nach diesem Vorfall Änderungen in der Beratungsförderung vorzunehmen?

(Verteilt am 16.01.2018)